

WERNER H. HONAL | DORIS GRAF | DR. FRANZ KNOLL (HG.)

HANDBUCH DER SCHULBERATUNG

Standardwerk für Beratungslehrer(innen) und Schulpsycholog(innen)
aller Schularten

Thema: Beratung von Lehrern und Schule

Titel: Rechtsextremismus und Jugend - eine Herausforderung
für die Schulen (51 S.)

Produktinweis

Der vorliegende Beitrag ist Teil des Standardwerkes »Handbuch der Schulberatung«
der Mediengruppe Oberfranken – Fachverlage GmbH & Co. KG*.

* Ausgaben bis 2015 erschienen bei OLZOG Verlag GmbH, München

Dieses Praxishandbuch richtet sich an Beratungslehrer / Beratungslehrerinnen aller
Schularten. Es liefert Antworten auf alle Fragen der Beratungstätigkeit und beinhaltet
den aktuellen Stand einschlägiger **Erkenntnisse aus der Schulpsychologie und
Schulpädagogik**,

- aus dem **Bereich sozialer Hilfen**,
- der **Beratungsmethoden**
- und der **Beratungsmittel**.

Umfassende und verständliche Beiträge, fundierte **Analyseschemen, Entscheidungshilfen**
und anwendungsorientierte **Lösungsvorschläge** unterstützen Sie in Konflikt- und
Beratungssituationen. In der Praxis bewährte und **komplett ausgearbeitete**
Anleitungen und Konzepte helfen Ihnen bei der Umsetzung.In **eDidact** finden Sie alle Beiträge zu den Beratungsfeldern **Lernprobleme und
Leistungsprobleme, Verhaltensauffälligkeiten, Krankheit und Behinderung, Beratung
von Lehrern und Schule** sowie zur Organisation der Beratung. Nützliche Formulare und
Vorlagen (z.B. für Elternbriefe) erleichtern Ihnen den Beratungsalltag.

(Diesen) Beitrag als Download bestellen

- ▶ Klicken Sie auf die Schaltfläche **Dokument bestellen** am oberen Seitenrand.
- ▶ Alternativ finden Sie eine Volltextsuche unter www.eDidact.de/hds.

Nutzungsbedingungen

Die Materialien dürfen nur persönlich für Ihre eigenen Zwecke genutzt und nicht an
Dritte weitergegeben bzw. Dritten zugänglich gemacht werden. Sie sind berechtigt, für
Ihren eigenen Bedarf Fotokopien zu ziehen bzw. Ausdrücke zu erstellen. Jede
gewerbliche Weitergabe oder Veröffentlichung der Materialien – auch auszugsweise –
ist unzulässig. Die vollständigen Nutzungsbedingungen finden Sie [hier](#).**Haben Sie noch Fragen? Gerne hilft Ihnen unser Kundenservice weiter:**[Kontaktformular](#) | ✉ Mail: service@eDidact.de✉ Post: Mediengruppe Oberfranken – Fachverlage GmbH & Co. KG
E.-C.-Baumann-Straße 5 | 95326 Kulmbach

☎ Tel.: +49 (0)9221 / 949-204 | 📠 Fax: +49 (0)9221 / 949-377

www.eDidact.de | www.mgo-fachverlage.de

5.6.17 Rechtsextremismus und Jugend – eine Herausforderung für die Schulen

Helmut Volk

Inhaltsverzeichnis

1. Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus
2. Begriffliche Abklärung
 - 2.1 Extremismus
 - 2.2 Rechtsextremismus
3. Theoretische Erklärungsansätze zum Rechtsextremismus
 - 3.1 Erklärungsansätze auf der Individualebene
 - 3.2 Erklärungsansätze auf gesellschaftlicher Ebene
4. Die Lebenswelt rechter Jugendlicher
 - 4.1 Jugendalter und Rechtsextremismus
 - 4.2 Familie und Rechtsextremismus
 - 4.3 Rechtsextremistische Einflussmöglichkeiten und Angebote an die Erlebniswelt von Jugendlichen
5. Möglichkeiten des Umgangs mit den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus im schulischen Kontext
 - 5.1 Rechtsextremistische Einstellungen bei Schülern

5.6.17 Rechtsextremismus

- 5.2 Handlungsfelder an Schulen zur Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus
- 5.3 Umsetzung demokratischer Grundwerte in der Schule

6. **Die Rolle der Schulberatung im Rahmen der Auseinandersetzung mit extremistischen Erscheinungsformen am Beispiel Bayern**

7. **Auswahl an: Literatur, Medien, Internetadressen, Materialien**

Der vorliegende Handbuchartikel will verdeutlichen, dass die Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus (historisch und aktuell) und die Verankerung von Werten wie Demokratie und Toleranz eine elementare Aufgabe der Schulen ist. Es wird Bezug genommen auf neuere empirische Untersuchungsergebnisse, die die latente Gefahr der Einflussnahme von rechten Gruppierungen belegen. Am Anfang steht eine Abklärung und Präzisierung der relevanten Begrifflichkeiten »Extremismus«, »Rechtsextremismus«, »Rechtsradikalismus« und »Rechtspopulismus«. Im Folgenden wird auf Erklärungsansätze auf der Individual- als auch auf der gesellschaftlichen Ebene eingegangen. Der Schwerpunkt liegt in der Darstellung und Problematisierung der Einflussnahme seitens der rechten Szene auf die gesamte Lebenswelt von Jugendlichen. Dabei spielt die Familie eine prägende Rolle, die aber zunehmend ersetzt und überlagert wird von den weiteren »Lebensweltkomponenten«, wie: Peergroup, Musik, Internet und das »Outfit«. Bei den Maßnahmen zur Prävention umfasst die Darstellung bundesweite Projekte, das Konzept der SOR-/SMC-Schulen (Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage), Einzelprogramme auf mehr lokaler Ebene, verhaltensorientierte Trainingsprogramme sowie Materialien zur unmittelbaren Umsetzung im Unterricht. Ein Exkurs über die strafrechtlichen Rahmenbedingungen des Rechtsextremismus wird ergänzt durch die Darstellung von Maßnahmen, die eine Schule bei rechtsextremistischen Vorfällen ergreifen kann oder muss. Am Ende stehen in ausgewählter Form Literaturangaben, Materialien und Medien für den Unterricht und Angebote aus dem Internet.

1. Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und die Verankerung von Werten wie Demokratie und Toleranz ist nicht allein Sache des Staates, sondern es sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert und verantwortlich.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gehören die Phänomene Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zum normalen politischen und gesellschaftlichen Alltag fast aller westlicher Demokratien. In Deutschland bilden Rechtsextremisten keinen homogenen Personenkreis. Ihre unterschiedlichen Vorgehensweisen dienen aber alle dem zentralen Ziel, wesentliche Werte und Verfassungsregeln der freiheitlich demokratischen Grundordnung abzuschaffen. Rechtsextremistische Parteien wie die NPD, ihre Jugendorganisation JN, Neonazis und rechtsextremistische Subkulturen wie Kameradschaften, Skinheads oder »braune« bzw. »schwarze Blöcke« bilden ein Sammelbecken und ein Rekrutierungs-/Mobilisierungspotential für Jugendliche.

Die folgenden Angaben beziehen sich auf den Verfassungsschutzbericht (Bayern 2009): Bei der Bundestagswahl 2009 erzielte die NPD einen Stimmenanteil von 1,5 % (Rückgang von 0,1 %). Dennoch stehen ihr in Folge der Überwindung der 0,5-%-Hürde Mittel aus

5.6.17 Rechtsextremismus

der staatlichen Wahlkampfveranstaltung zu. Um Jungwähler anzusprechen, wurden eine neue »Schulhof-CD« und ein Comic erstellt, allerdings ohne Einfluss auf das Wahlverhalten der Erstwähler.

Seit einiger Zeit ist zu beobachten, dass sich an öffentlichen Veranstaltungen auch Personen beteiligen, die dem klassischen rechtsextremistischen Erscheinungsbild widersprechen. Sie sind eher unauffällig gekleidet oder adaptieren Kennzeichen der gewaltbereiten linksextremistischen Autonomen und bilden den rechtsextremistischen »schwarzen Block«.

2009 wurde die »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ), eine der wenigen noch bundesweit agierenden Neonazi-Vereine, verboten. Doch die Zahl derer, die sich bei den Rechten wohler fühlen als bei anderen Organisationen, wird durch Verbote nicht weniger. Eine neue Studie zeigt: Neonazis haben mehr Zulauf als alle anderen Jugendorganisationen zusammen. So titelt die Süddeutsche Zeitung am 17.3.2009: »Rechtsextremismus unter Schülern – Die größte Jugendbewegung«. 53.000 Jugendliche der vierten und neunten Jahrgangsstufe hat das Team des Psychologen Christian Pfeiffer an 2.000 zufällig ausgewählten Schulen in Deutschland im Schuljahr 2007/2008 befragt. Ergebnis: 4,9 % aller männlichen Jugendlichen betrachten sich einer rechtsradikalen Gruppe zugehörig. Dies entspricht der gleichen Zahl, die sich z.B. bei Jusos, Jungliberalen, beim DRK oder dem THW engagieren. Verschärfend kommt noch hinzu, dass viele Elemente rechtsextremer Jugendkultur (z.B. militantes Outfit, Musik, exzessiver Alkoholkonsum, ...) auch von der »normalen« Jugendkultur adaptiert wird.

2. Begriffliche Abklärung

2.1 Extremismus

Der politische Extremismus zeichnet sich dadurch aus, dass er den demokratischen Verfassungsstaat ablehnt und beseitigen will. Alle Varianten des Extremismus negieren die Pluralität der Interessen, das damit verbundene Mehrparteiensystem und das Recht auf Opposition.

Laut Verfassungsgericht sind Handlungen verfassungswidrig, die zum Ziel haben, die freiheitlich demokratische Grundordnung aggressiv und planvoll funktionsunfähig zu machen, um sie letztendlich zu beseitigen. Die bloße Ablehnung hingegen ist für sich genommen nicht verfassungswidrig. »Eine Partei ist auch nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie diese obersten Prinzipien einer freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht anerkennt, sie ablehnt, ihnen andere entgegensetzt. Es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen, sie muss planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen, im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen« (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der KPD: BverfGE 5, 85 [141]).

»Der **Extremismus** ist gekennzeichnet durch die Identitätstheorie, durch Freund-/Feind-Stereotypen, durch ein hohes Maß an ideologischem Dogmatismus und in der Regel durch ein Missionsbewusstsein: Wer vom Glauben an ein objektiv erkennbares und vorgegebenes Gemeinwohl beseelt ist und sich im Besitz vermeintlicher objektiver Gesetzmäßigkeiten wähnt, kann die Legitimität unterschiedlicher Meinungen und Interessen nicht hinnehmen« (Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik, Stichwort »Extremismus«, Eckhard Jesse).

Bezogen auf die politische Zielsetzung wird gemeinhin zwischen dem Links- und dem Rechtsextremismus unterschieden.

2.2 Rechtsextremismus

Da der Rechtsextremismus über **kein homogenes ideologisches Konzept** verfügt, gibt es für diesen Begriff **keine einheitliche Definition**. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stellt die Ablehnung der Grundwerte der Verfassung und die Gewaltbereitschaft in den Mittelpunkt: Rechtsextremisten lehnen die freiheitlich demokratische Grundordnung ab und wollen – auch unter Anwendung von Gewalt – ein autoritäres bzw. totalitäres staatliches System errichten, in dem nationalistisches, antisemitisches und rassistisches Gedankengut die Grundlage der Gesellschaftsordnung bilden soll. Sie sind von der Vorstellung geprägt, dass die ethische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse die größte Bedeutung für das Individuum besitzt. Ihr sind alle anderen Interessen und Werte, auch die Menschen- und Bürgerrechte, untergeordnet. Rechtsextremisten propagieren ein politisches System, in dem als angeblich natürliche Ordnung Staat und Volk in einer Einheit verschmelzen (»Ideologie der Volksgemeinschaft«). Tatsächlich läuft dies auf ein antipluralistisches System hinaus, das für demokratische Entscheidungsprozesse keinen Raum lässt.

Auch hinsichtlich seines Erscheinungsbildes stellt der Rechtsextremismus kein einheitliches, geschlossenes Phänomen dar. Er artikuliert sich in unterschiedlichen Formen, insbesondere in einer jugendlichen Subkultur gewaltbereiter rechtsextremistischer Skinheads und neuerdings in extrem gewalttätigen »schwarzen Blöcken«, analog der linksextremistischen »Anarcho«-Gewaltszene. Regionale und überregionale neonazistische Gruppierungen und Parteien versuchen über die Beteiligung an Wahlen – mit unterschiedlichen Erfolgen –, Einfluss zu gewinnen und agitieren über Verlage, Versandhandel, Freizeit- und Musikangebote. Zur Eindämmung der rechtsextremistischen Gewalttaten und zur Verhinderung strafbarer Propaganda-Aktivitäten wurden staatliche Maßnahmen ergriffen, wie z.B. Vereins- und Versammlungsverbote. Seit Ende 1992 erfolgten 28 Verbote rechtsextremistischer Organisationen durch das Bundesministerium des Inneren bzw. durch die Länder (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af_rechtsextremismus/ 2010).